Nummer 308 | Halle, Freitag, den 27. Oktober 1922 | 57. Jahrgang

Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 175.00, in den angegebenen Orten monatlich Mark 115.00 monatlich. Die achtspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Textteile Mark 6.00, im auswärtigen Verkehr Mark 10.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 25.00 im Textteile und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1149. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bankrechnung. Deutsche Bank Filiale Leipzig. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle a. S. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Das Ringen um die Stabilisierung der Mark.

Die Verhandlungen über die Devisenverordnung / Ein Finanzprogramm der Sozialdemokratie / Amerika zur Orientkonferenz geladen / Die Richtlinien der englischen Regierung / Das britische Parlament aufgelöst.

Unerfüllbare Wünsche.

Angesichts des fortwährenden Sinkens der Mark bemühen sich bekanntlich alle Parteien, mit Ausnahme der beiden extremen Flügelparteien, der Reichsregierung an die Hand zu gehen. In den nächsten Tagen wird die Arbeitsgemeinschaft der Mitte mit Vorschlägen an die Oeffentlichkeit treten, wie der Not des Reiches Abhilfe zu schaffen wäre. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Forderungen schon am Mittwoch dem Reichskanzler überreicht. Deren Aufgabe wird es sein, aus den beiderseitigen Vorschlägen Grundlagen für weitere Besprechungen über die wirtschaftliche Lage zu schaffen. Leider läßt sich von einem Teil der sozialdemokratischen Forderungen nicht behaupten, daß sie sich zur Schaffung einer solchen Grundlage besonders eignen. Was mit der Schaffung eines Devisensonds, für den ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in Anspruch zu nehmen wäre, gemeint ist, ist nicht ohne weiteres erfindlich; hier wird erst eine nähere Erklärung abzuwarten sein. Geradezu utopisch aber mutet die Forderung auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel an. Die Erfahrungen, die wir mit der Kriegs- und Zwangswirtschaft gemacht haben, lassen ihre Wiedereinführung wahrhaftig alles eher als wünschenswert erscheinen, und es ist fraglich, ob die Sozialdemokratie selbst bei den Massen, die doch heutzutage erheblich besser gestellt sind als in jenen Zeiten, damit besonders viel Gegenliebe finden würde. Viel besser würde es einer so großen Partei wie der Sozialdemokratie anstehen, wenn sie bei dieser wichtigen Gelegenheit auch einmal grundsätzlich Stellung zur Steuergerechtigkeit der Produktion genommen hätte. In den „Sozialistischen Monatsheften", die kein Blatt vor den Mund nehmen, wird diese Forderung seit Monaten in fast jedem Artikel erhoben. Die V. S. P. D. aber drückt sich offiziell um jede Stellungnahme. Ueber die übrigen von ihr erhobenen Forderungen läßt sich reden.

*

Die gestrige Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der ersten Hälfte der gestrigen Besprechung der Parteiführer legte der Reichskanzler die innere und außenpolitische Lage dar, indem er darauf hinwies, daß die Regierung vor den durch die Entscheidungen Frankreichs, wie dies ja auch aus dem bevorstehenden Eintreffen der Reparationskommission in Berlin und aus der von der Regierung eingeleiteten konferenzmäßigen Aktion hervorgeht, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen hat. Bei der Behandlung der außenpolitischen Lage wies der Kanzler darauf hin, daß die Regierung in der Reparationsfrage mehrfach auch mit Erfolg aktive Schritte unternommen habe. Gar kein Zweifel, daß die Koalition zwischen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums und der Demokratie die Probe, auf die er stehe. Hierauf sprachen Hermann Müller und Reichswirtschaftsminister Schmidt. Letzterer machte davon Mitteilung, daß die Sozialdemokratische Fraktion in der kommenden Woche erneut zusammentreten und über das Ergebnis der augenblicklichen Aussprache mit der Regierung beraten werde. Von diesem Ergebnis hänge ihr weiteres Verbleiben in der Koalition ab. Der Reichswirtschaftsminister legte das Hauptgewicht auf eine Stützungsaktion für die Mark unter

Heranziehung des Goldes der Reichsbank.

Von der Durchführung dieser Maßnahme hänge seine weitere Stellung zum Kabinett ab. Dr. Hilferding gab u. a. eine Darstellung des sozialdemokratischen Programms. Die Reichsbank müsse mit ihrem Gold einen Devisenfonds schaffen und verwenden, mit der ausgesprochenen Absicht eine aktive Devisenpolitik herbeizuführen, um aus dem Plunderungsgewinnler, der einen Teil der deutschen Arbeiterschaft ergriffen habe, herauszukommen. Der Abg. Dr. Stresemann bedauerte im Eingange einer längeren Rede die Veröffentlichung des sozialistischen Programms, weil dieses die Sozialdemokraten vorzeitig festlege. Das Währungsproblem könne man nur lösen, wenn gleichzeitig das Produktionsproblem mit Verabschiedung fände. Die Frage der Devisenpolitik müsse im Vordergrund. Um in der Devisenfrage über das Grundsätzliche zur praktischen Arbeit zu kommen, würde die Bildung eines engeren Ausschusses beschlossen, der sich aber die angekündigten Abänderungen der Devisenordnung so rasch als möglich vorlegen lassen müsse. Weiter würde ein Ausschuß gebildet, der sich mit den wirtschaftlichen Vorschlägen Dr. Hilferdings befassen soll. Nach längerer Aussprache wurde eine Einigung auf Grund der Vorschläge des Reichswirtschaftsministers erzielt; die Aussprache über die weitere Frage wird fortlaufend fortgesetzt werden.

Die Forderungen der Sozialdemokratie,

die den Verhandlungen zugrunde lagen, faßt der „Vorwärts" noch einmal zusammen: Eine planmäßige Aktion zur Stützung der Mark durch Bereitstellung eines Devisenfonds, für den ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in Anspruch zu nehmen sei. Aufrechterhaltung der Devisenordnung, schärfste Devisenkontrolle unter Ahndung der wilden Spekulation des privaten Devisenhandels, Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe, beschleunigte Eintreibung der Steuer, und zwar in Höhe des Kurswertes der Mark zur Zeit der Veranlagung. Hemmung der Luxuseinfuhr durch Zollerhöhungen und teilweise Einfuhrverbote. Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel und Verbote, Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinkbrannweln zu verbrauchen. Zu den Besprechungen schreibt das Blatt ferner: „Die Verhandlungen des gestrigen Tages müssen den Eindruck erwecken, daß ein Zusammenarbeiten zwischen den an dieser Besprechung vertretenen Parteien in der neuerdings üblichen Weise nicht länger möglich ist. Es geht einfach nicht an, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in eingehenden Vorbesprechungen sich in den Details festlegen und dann als geschlossener Block in Besprechungen mit der Regierung und der Sozialdemokratischen Fraktion eintreten. Die Regierung ist seine Regierung jener Arbeitsgemeinschaft, der auch die Deutsche Volkspartei angehört. Die jetzige Koalitionsregierung kann auch nicht die Brücke sein zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie. Daß sich hier offenbar eine feste bürgerliche Gemeinschaft gegen die Sozialdemokraten zu bilden im Begriff ist und daß die bürgerlichen Parteien in der Regierung Anschluß an die außerhalb der Regierung stehende Deutsche Volkspartei suchen, schafft einen unerträglichen Zustand. Auf sozialdemokratischer Seite ist aus den angegebenen Gründen und unter den gegebenen Umständen die Bereitserklärung für das Weiterverhandeln nicht übertrieben groß. Wahrscheinlich wird die Reichstagsfraktion schon in den nächsten Tagen nochmals zusammentreten, um über weitere Schritte zu beraten."

Die Reparationsreise nach Berlin.

„Weniger essen . . . mehr arbeiten!"

Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Repko hat sich gestern versammelt, um die Ausführungen des belgischen Delegierten Delacroix anzuhören, der der Kommission einen Vermittlungsvorschlag unterbreitete. Außerdem beschäftigte sich die Kommission mit ihrer Reise nach Berlin, die am Sonntag nachmittag erfolgen wird. Sie wird von einem zahlreichen Hilfspersonal begleitet sein und sich in Berlin auch mit Vertretern der deutschen Industrie in Verbindung setzen. Die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände der Reparationskommission in Berlin werden, wie der „Temps" erfährt, sein: Finanzreform interalliierte Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen und zur Stabilisierung der Währung, Schutz gegen Kapitalflucht und gegen Spekulation mit fremden Devisen.

Paris, 26. Oktober. In der „Liberté" beschäftigt sich Bainville mit der Reise der Reparationskommission nach Berlin. Bainville sagt: „Wenn Deutschland seine Finanzen retten will, dann kann es nur einem Rate folgen, nämlich mehr arbeiten und weniger essen. Es ist zweifelhaft, ob Deutschland diese Medizin einnimmt, und die Sozialdemokratie wird versuchen, es daran zu hindern. Freilich würde eine stärkere und angesehene Regierung mit fester Faust erreichen, daß die Masse des deutschen Volkes sich dazu herbeiläßt, noch mehr zu arbeiten und sich dabei noch mehr einzuschränken. Aber eine solche Regierung würde Deutschland bald so gefährlich für uns machen, daß wir uns solche Regierung nicht wünschen können."

Für Herabsetzung der Reparationsschuld.

Ein Wunder! — Oder der Zusammenbruch Deutschlands.

Haag, 27 Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der belgische Premierminister Theunis hat in der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt, der Sturz der deutschen Mark sei ein Beweis dafür, daß Deutschland finanziell nicht so kräftig dastehe, wie man anfangs in den Ententeländern angenommen habe. Die ganze Wiedergutmachung müßte revidiert und die deutsche Schuld herabgesetzt werden.

London, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Infolge der fortschreitenden Markentwertung werden auch auf der Ententeseite Stimmen laut, die die Notlage Deutschlands in ihrer ganzen Schwere erkennen. So erklärt der Pariser Berichterstatter der „Times", daß er wiederholte Warnungen erhalten habe, da ein vollständiger Zusammenbruch Deutschlands unvermeidlich sein werde, wenn nicht in letzter Stunde ein Wunder geschehe.

40 deutsche Industrielle in Laon.

Die ersten deutschen Arbeiter für die zerstörten Gebiete.

Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Laon wird gemeldet, daß dort eine Gruppe von 40 deutschen Industriellen angekommen ist und unter der Führung eines Beamten der französischen Zentralverwaltung die Besichtigung der Gegend begonnen hat. Der Besuch war für drei Stunden berechnet und galt dem Zweck, die für die Ausführung der Verträge von Berlin und Paris notwendigen Schritte vorzubereiten.

Metz, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Ein Transport deutscher Arbeiter für das zerstörte Gebiet passierte am Mittwoch die Stadt Metz und blieb eine Nacht dort. Die Leute waren von Frau und Kind begleitet und stammen aus der Gegend von Dortmund. Ihr Arbeitsgebiet wird die Gegend von Toul werden.

Putschgerüchte.

Vorsichtsmaßnahmen der Regierung.

Berlin, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Heute vormittag waren in Berlin verschiedentlich Gerüchte im Gange, wonach eine Gruppe radikaler Elemente beabsichtigen sollte, gewaltsam in die Reichskanzlei einzudringen. Wie wir hierzu von authentischer Seite erfahren, sind im Laufe des gestrigen Spätabends an die Reichskanzlei Mitteilungen gelangt von einem geplanten Eindringen in die Reichskanzlei. Daraufhin sind die mit dem Schutze der Regierung und besonders des Reichskanzlers beauftragten Beamten sofort benachrichtigt worden. Oberregierungsrat Dr. Weiß als Leiter der politischen Polizei und Oberst Kaupisch, der Chef der Berliner Schupo haben die Nachforschungen sofort in die Hand genommen und mit einem Stabe von Beamten eine Durchsuchung des weiten Geländes des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei durchgeführt. Bisher haben sich keine bestimmten Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die der Reichskanzlei zugegangene Meldung auf Tatsachen beruhe.

England im Wahlkampfe.

Das englische Unterhaus ist nunmehr aufgelöst worden, und der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Wenn man liest, daß bisher schon 1300 Kandidaten aufgestellt worden sind, und zwar 425 konservative, 300 unabhängige liberale, 200 koalitionsliberale und 400 Kandidaten der Arbeiterpartei, so kann man eine gewisse Bewunderung nicht unterdrücken für die Promptheit, mit der die englische Parteimaschinerie arbeitet. Die ersten Wahlreden liegen ja schon einige Zeit zurück. Lloyd George hat eine doppelte Parole ausgegeben. Einmal wendet er sich gegen die konservative Politik, wie sie im Carlton Club vertreten worden ist, wo man die berühmte Absage an die Koalition beschloß. Zum anderen kämpft Lloyd George mit der Front gegen die Arbeiterpartei. Er möchte offenbar ein Anwachsen der Arbeiterabgeordneten nach Möglichkeit hintenan halten, weil er darin eine Unterbrechung gerade seiner bisherigen Politik des Zusammengehens mit Frankreich befürchtet. Die Sorge vor dem Wachsen der Arbeiterpartei hat ihn wohl auch letzten Endes dazu bestimmt, von der Gründung einer eigenen Partei abzusehen. Er würde damit ungefähr denselben Reinfall erlebt haben wie seinerzeit Roosevelt mit seiner Progressistenpartei in den Vereinigten Staaten. Nichts ist schwerer, als über Nacht eine neue Parteimaschine auf die Beine stellen zu wollen. In England kommt noch hinzu, daß es keine Stichwahlen gibt. Es entscheidet die relative Mehrheit. Die Vermehrung der bürgerlichen Parteien würde also überall der Arbeiterpartei zugute gekommen sein. Aus diesem Grunde regen sich auch Kräfte in der Liberalen Partei, die nach einer Art Wahlabmachung zwischen den beiden liberalen Richtungen rufen. Die Unabhängigen Liberalen scheinen aber wenig Neigung zu einem Kompromiß zu verspüren. Einmal möchte sich Asquith die dankbare Rolle eines Bekämpfers Lloyd Georges nicht nehmen lassen, zum anderen weiß er sehr genau, daß die auf Lloyd George eingeschworenen rechtsliberalen Kreise bei den Khakiwahlen konservativ gewählt haben und auch jetzt wahrscheinlich zum größeren Teile nicht für einen Unabhängig Liberalen zu haben sein würden.

Das Entscheidende freilich ist, daß Asquith darauf hofft, mit der Arbeiterpartei zusammen die Mehrheit zu erhalten. Jeder Sieg der Arbeiterpartei bedeutet darum für ihn sozusagen einen Sitz für seine Kombination, wobei er allerdings keinerlei Interesse daran haben würde, daß etwa die Arbeiterpartei die Mehrheit erringt. Daran scheint allerdings kaum gedacht zu werden. Haben doch die Konservativen die Koalition aufgesagt, weil sie hoffen, die absolute Mehrheit zu erringen. So gesehen käme für die Koalitionsliberalen um Lloyd George an sich schon nur eine Mittlerrolle in Frage. Erhalten die Konservativen die absolute Mehrheit, dann sind die Liberalen um Lloyd George genau so überflüssig, wie wenn Asquith mit den Arbeiterparteilern zusammen eine Majorität erzielt. Lloyd George muß also hoffen, daß weder rechts noch links von ihm eine Mehrheitsbildung ohne seine Liberalen nach den Wahlen möglich ist. Es erscheint freilich so gut wie ausgeschlossen, daß Lloyd George mit Asquith und den Arbeiterparteilern gehen könnte. Ihm bleibt nur der Weg nach rechts offen, das heißt die Wiederherstellung der alten Koalition. Das ist ja auch sein politisches Ziel, und ihn leitet bei den Wahlen die Hoffnung, die Koalition aus dem Wahlkampfe wieder auferstehen zu sehen. Man darf freilich nicht unterschätzen, daß seine Politik selbst in Kreisen, die bisher in den Reihen der Koalitionsliberalen standen, nicht unwidersprochen geblieben ist. Besonderes Aufsehen hat es erregt, daß der frühere liberale Schatzkanzler Mac Kenna sich in der City als unionistischer Kandidat hat aufstellen lassen. Die Handelskreise, vordem die Stützen der Liberalen Partei, sind die Bockspringe Lloyd Georges müde, sie wollen endlich eine Politik der Stetigkeit.

Von besonderer Bedeutung wird der Wahlausfall für die weitere Außenpolitik des Britischen Reiches. Bonar Law wird natürlich mit aller Kraft eine Erhaltung der Entente anstreben, aber ein englischer Premierminister wird immer nur englische Politik treiben, und unter Umständen kann sich Frankreich von einem unionistischen Kabinett eines viel zäheren Widerstandes versehen, als sie von dem ewig umfallsüchtigen Lloyd George zu erwarten war. Die bürgerlichen Parteien gehen in dem Wahlkampfe um die Frage des Friedensvertrages vorsichtig herum. Die Unabhängigen Liberalen treten in ihrem Wahlmanifest zwar für den Frieden und die Abrüstung ein, sie fordern auch eine rasche Revision und Begleichung der Reparationen im Zusammenhang mit einer Kürzung der interalliierten Schulden, aber sie hüten sich, eine Revision des Friedens zu verlangen. Dagegen hat die Arbeiterpartei offen und mutig die Revision aller Friedensverträge an die Spitze ihres Wahlprogramms gestellt. Dieses Programm fordert weiterhin die Feststellung der Reparationszahlungen im Einklang mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sowie die Errichtung eines Völker-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221027010/fragment/page=0001

bundes, in dem alle Staaten der Welt vertreten sind. Für die volle Unabhängigkeit Aegyptens und die Autonomie Indiens setzt sich der Wahlkampf der Arbeiterpartei gleichfalls ein. In Deutschland wird man das gewiß dankbar begrüßen müssen, aber wir können uns auch nicht verhehlen, daß der Einfluß der Arbeiterpartei bisher sehr gering war. Käme sie an die Regierung, so würden sich zweifellos der Durchsetzung ihrer Wahlziele manche Hemmnisse entgegenstellen. Es wird überhaupt gut sein, vom deutschen Standpunkt aus keinen bestimmten Wahlwunsch zu formulieren. Deutschland muß wieder lernen, der eigenen Kraft zu vertrauen. Dann wird auch eine englische Regierung, gleichviel wie sie sich zusammensetzt, mit ihm rechnen müssen.

Das englische Parlament aufgelöst.

London, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der König hat das Auflösungsdekret für das Parlament unterzeichnet. Hierauf berief der König den Geheimen Rat von neun Mitgliedern. Die königliche Proklamation setzt den 20. November als Tag des neuen Parlamentszusammentritts fest. Wahltag ist der 15. November. Bonar Law, der neue Premierminister hat eine Kundgebung erlassen. Als erster Punkt steht auf dessen neuem Regierungsprogramm die eilige Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt. Wir beabsichtigen, unsere Verpflichtungen, die wir übernommen haben, treu zu erfüllen. Die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit Amerika muß das Hauptziel der englischen Politik sein. Vor allem gedenken wir in den Angelegenheiten, die die Außenpolitik Englands oder die Sicherheit des englischen Reiches betreffen, im engen Einvernehmen mit den Regierungen der Dominien und Indiens zu handeln. Unsere erste Aufgabe, auf die wir uns zu besinnen haben, wird die Ratifikation des irischen Vertrages sein. Wir sind bereit mit der irischen Regierung in guter Freundschaft zusammenzuarbeiten. Vor allem müssen wir uns aber mit dem Stande des Handels und Gewerbes im eigenen Lande befassen. Die Arbeitslosigkeit drängt zu schleunigen Maßnahmen. Schon die alte Regierung hat sich mit dem Plan der Verminderung der Arbeitslosigkeit befaßt. Wir müssen neue Schritte erwägen und zwar in aller Kürze. Ein Hauptpunkt des Programms ist die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben.

Bonar Laws Reparationsprogramm.

London, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Bonar Law erklärte in seiner Glasgower Rede u. a. folgendes: Die wahren Schwierigkeiten in der auswärtigen Politik liegen in dem Problem der Reparationen. Bei den letzten englischen Wahlen (1919) hat die ganze Welt so gesprochen als ob sie glaube, Deutschland könne die Gesamtheit der Kriegsschulden bezahlen. Ich persönlich habe niemals daran geglaubt. Ich wußte von vornherein, daß die Zahlung einer derartigen Summe unmöglich ist. Man hält es heute für sehr leicht, daß England auf eine Milliarde Pfund Sterling verzichtet. Wahrheit ist, daß dies nicht möglich ist und daß es ebenso unmöglich ist, Deutschland augenblicklich irgend etwas abzunehmen. Die Lage in Deutschland ist sehr schwierig, es ist unbedingt notwendig, daß Frankreich mit uns gemeinsam diese Frage studiert und zwar mit demselben Ziele. Man muß von Deutschland das einziehen, was wir wirklich erhalten können.

Die Orientkonferenz.

Einladung an Amerika, Rußland und Bulgarien.

Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Temps" teilt mit, daß die Einladungen für die Orientkonferenz demnächst abgesandt werden. Die drei Ententemächte wollen auch Amerika einladen. Delegierte zu entsenden und sie mit den gleichen, womöglich noch mit weitgehenderen Vollmachten als für die Konferenz von San Remo auszustatten, auf der der Vertrag von Sèvres ausgearbeitet wurde. Die Sowjetregierung ist offiziell aufgefordert worden, sich bereit zu halten, Bevollmächtigte zur Konferenz zu entsenden. Eine ähnliche Einladung wird nach Bulgarien gesandt werden. Die drei Ententemächte werden außerdem bei der schweizerischen Regierung Schritte unternehmen, um ihr den Wunsch mitzuteilen, die Konferenz in Lausanne abzuhalten. Zu dieser Wahl seien die Mächte durch die unparteiliche Haltung bewogen worden, die die Schweiz gegenüber den Ententefragen einzunehmen pflege.

Vom Staatsgerichtshof.

Leipzig, 26. Oktober. Vor dem Staatsgerichtshof steht heute der Landwirtschaftsleiter Rudolf Jiepke aus Greifswald, der beschuldigt wird, zur Zeit des Rathenaumordes einen Hoftbefehl gegen die Mörder Rathenaus abgerissen und an seine Stelle ein Spottgedicht folgenden Wortlauts geklebt zu haben: Niedergemähnt ist Walter Rathenau. Die gottverdammte Judensau. Und auch den Dr. Wirth, Haut auf den Schädel, daß es klirrt. Neber mit der Republik. Gezeichnet A. G. O. C. Auf die Frage des Vorsitzenden erwidert der Angeklagte, daß das bedeutet: Aktiengesellschaft Ober-Confusionsrat. Der Angeklagte ist geständig. Er will seiner rassischen Partei angehören und in der Tat nur einen Scherz sehen. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Plötzlicher Abbruch des Faszistenkongresses.

Rom, 26. Oktober. Der Faszistenkongreß in Neapel wurde plötzlich unterbrochen. Die Führer reißen Hals über Kopf ab und ebenso die überwiegende Mehrheit der in voller Ausrüstung in Neapel zugeströmten 40 000 Faszisten. Die Gründe des unerwarteten Szenenwechsels sind unbekannt. Laut „Popolo d'Italia" erhielt der General Delbuono, welcher zugleich Faszistengeneral ist, vom Kriegsminister die Aufforderung, entweder von seinem Posten zurückzutreten oder sich einem Disziplinargericht zu unterwerfen.

Rom, 26. Oktober. Mussolini erklärte in einer Ansprache an das Faszistenheer: „Entweder sie geben uns die Regierung, oder wir nehmen sie mit Gewalt!" Die halbamtliche „Tribuna" schreibt hierzu und zu der Forderung nach allen wesentlichen Ministerposten: Die Antwort müsse das Volk durch Neuwahlen geben.

Rücktritt des Kabinetts Facta.

Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Rom wird gemeldet: Das Ministerium de Facta hat demissioniert. Der Rücktritt des Kabinetts ist darauf zurückzuführen, daß die Faszisten mit dem Marsch auf Rom gedroht haben.

Neuregelung der Lohn- und Gehaltspfändung.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Durch die vom Reichstag am 23. und 24. d. M. verabschiedeten Gesetze zur Aenderung der Verordnung über Lohnpfändung und zur Aenderung der Vorschriften über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen erfahren die bestehenden Pfändungsbeschränkungen erneut eine wesentliche Erweiterung. Sowohl beim Lohne'nkommen wie bei den Gesamtgehältern ist die absolute Pfändungsgrenze von 12 000 auf 120 000 Mark erhöht. Beim Lohneinkommen sind von dem überschießenden Betrage wie bisher ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltungsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Die für die hohen Lohneinkommen geltende Einschränkung, daß dem Schuldner von dem eine bestimmte Grenze überstiegenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltspflichten unter immer nur ein Drittel verbleibt, soll fortan erst Platz greifen, wenn der Lohn die Summe von 360 000 — bisher 50 000 — Mark für das Jahr übersteigt. Bei den Sondergehältern bleiben von dem die absolute Pfändungsgrenze überstiegenden Betrag nach wie vor zwei Drittel pfandfrei. Das Gesetz über die Lohnpfändung tritt eine Woche nach der unmittelbar bevorstehenden Verkündung in Kraft.

Kongreß der Vertriebenen. Der „Bund der Auslandsdeutschen" teilt mit: Vom 5. bis 8. November findet in Berlin ein ursprünglich schon für Oktober geplanter „Kongreß der Vertriebenen" statt, der vom Bund der Auslandsdeutschen, Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, Reichsverband der Kolonialdeutschen, von dem Deutschen Ostbund den Vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesier und dem Verein „Wiederaufbau im Ausland" (Hamburg) einberufen worden ist. Der Kongreß wird am Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, durch eine Massenkundgebung in der Scala, Lutherstraße 22—24, eröffnet werden.

Ausgewiesen. Laut Bekanntmachung der französischen Besatzungsbehörde ist der in Düsseldorf wohnende Arbeiter Friedrich Cremer ausgewiesen worden, weil er in einer öffentlichen Versammlung erklärt habe, daß das deutsche Proletariat noch weiter durch die französischen Bajonette unterdrückt werden würde, wenn man diese nicht zur rechten Zeit abzustumpfen verstände.

Rückzug Lenins ins Privatleben? „Daily Expreß" erfährt aus Riga, daß Moskauer Meldungen zufolge Lenin endgültig seine Stellung als Diktator niedergelegt und sich auf das Land zurückgezogen hätte. Man glaube, daß er sich von seinem leidenden Zustande nicht mehr erholen werde. Der „Temps" gibt diese Meldung mit Vorbehalt wieder.

Französische Auslandspropaganda. Der Budgetausschuß für auswärtige Angelegenheiten des französischen Parlaments hat eine Reform des Propagandadienstes beschlossen. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, falschen Nachrichten und Verleumdungen Frankreichs besser als wie bisher entgegenzutreten. Leider hat sich der Ausschuß nicht mit der Frage beschäftigt, wie den falschen Nachrichten und Verleumdungen, die die Herren Poincaré, Barthou und ihre journalistischen Spießgesellen ausstreuen, entgegengetreten werden soll.

Selbstbezichtigung in der Hardenaffäre. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters war der Feldwebel Hübner verhaftet worden der sich selbst der Beihilfe zu dem Anschlag auf Maximilian Harden bezichtigt hatte. Hübner ist jedoch, wie uns unsere Berliner Schriftleitung drahtet, auf Antrag seines Verteidigers am Mittwoch aus der Haft entlassen worden, da es sich herausgestellt hat, daß Hübner nicht voll zurechnungsfähig ist und mit der Tat in keiner Verbindung steht.

Auf der zweiten Verhandlungstagung des Internationalen Freihandelskongresses kritisierte der holländische Professor van Gijn die deutsche Währungs- und Steuerpolitik. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dernburg erwiderte, daß der Grund der Zerrüttung in Deutschland die Schlinge des Versailler Vertrages sei. Darauf sprach Dr. Zalozsen-Hamburg über die Schäden der Außenhandelskontrolle, weiter Dr. Stolper-Wien über „Staat und Wirtschaft in den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten".

Neues vom Tage

Piratenüberfall auf der Unterelbe.

Nach einer Meldung aus Cuxhaven drangen auf einen in Freiburg a. Elbe liegenden Schoner in der Nacht zum Mittwoch mehrere Leute, verletzten den Kapitän durch Schüsse schwer, überwältigten und fesselten die Mannschaft, und entführten den Schoner nach der Jademündung, wo er strandete. Die Elbpiraten wurden inzwischen verhaftet, der Schoner gilt als verloren.

Zu diesem unerhörten Piratenüberfalle wird noch gemeldet: Als der Kleine schoner „Bertha" aus Strasund auf der Elbe ankerte, kam ein Boot mit vier bewaffneten Männern längsseits. Die Männer fielen über die Besatzung her und sperrten sie ein. Der Kapitän wurde durch zwei Revolverschüsse kampfunfähig gemacht und in seine Kajüte gesperrt. Dann wurden sämtliche Behälter durchwühlt, Kleidung und Papiere der Besatzung, Bargeld und Wertgegenstände geraubt. Hierauf schleiten die Räuber, wahrscheinlich aus Hamburg entsprungene Zuchthäusler, die Anker und zwangen einen Mann der Besatzung zu rudern. Da sie seefahrtunkundig waren wurden sie nach der Jade verschlagen, wo der Schoner auf Grund geriet und verloren ging. Dem Kapitän gelang es, sich der Fesseln zu entledigen und mit der übrigen Besatzung auf ein Boot zu retten. Die Räuber schossen vom Wrack aus auf das Boot. Es konnte trotzdem den in der Nähe befindlichen Leuchtturm erreichen, wo dem Kapitän die erste Hilfe zuteil wurde. Von den Räubern, die sich als die Besatzung des erbeuteten Schoners ausgegeben hatten, wurden drei an Bord eines Tonnenlegers genommen, der vierte soll ertrunken sein. Durch einen Funkspruch des Leuchtturms vom Sachverhalt unterrichtet, gab der Tonnenleger die Räuber an ein Torpedoboot ab und holte die richtige Besatzung vom Leuchtturm. Die Piraten wurden später von der Schutzpolizei an der Wilhelmshavener Kammerschleuse in Empfang genommen.

Millionenschwindel gegen Berliner Großbanken.

Ein Riesenschwindel mit gefälschten Coupons ist durch die Aufmerksamkeit eines Berliner Bankhauses aufgedeckt worden. Als Hauptverbreiter der Fälschungen ist der Bankier Christian Schulze aus Hannover verhaftet worden. Schulze behauptet, nicht gewußt zu haben, daß die Papiere falsch sind. Es handelt sich um Coupons der 4½ proz. Provinzialanleihe von Buenos Aires. Eine Reihe von Berliner Großbanken soll durch die Manipulationen um etwa 300 Millionen Mark geschädigt worden sein.

Ueberfall auf ein Entente-Auto. In Passau umzingte eine Anzahl Personen das Auto einer Ententekommission, bewarf es mit Steinen, Holzscheiten und anderen Gegenständen. Dabei wurden die Fensterscheiben des Gefährts zertrümmert. Das Auto flüchtete sich in den Hof der Kaserne und versuchte von der Rückseite des Kasernenhofes zu entkommen. Doch auch hier wurde der Wagen umzellt und abermals wiederholte sich der obengenannte Vorgang. Wiederum mußte das Auto in die Kaserne zurückkehren und konnte erst nach zweistündigem Warten den Hof ungehindert verlassen.

Champagnerüberfluß. In den Champagnerkellereien von Reims haben sich infolge des dauernden Rückganges der Nachfrage die Vorräte so sehr gehäuft, daß sich die Fabrikanten notgedrungen entschlossen haben, in diesem Jahre von der Erzeugung von Champagner so gut wie völlig Abstand zu nehmen. Wie der Präsident der Gesellschaft der Champagnererzeuger, Betrand de Mun einem Berichterstatter erklärte, ist der Export von französischem Champagner, der vor dem Kriege 30 Millionen Flaschen betrugen hat, bis auf 20 Millionen gesunken. Anscheins dieses Rückganges wird man im laufenden Jahre den für die Champagnerherstellung reservierten Wein nicht zu Champagner verarbeiten, sondern ihn als gewöhnlichen Wein in Frankreich und anderen Ländern in den Handel bringen.

Freudvoll und leidvoll.

Betrachtungen über Paul Burgs Goethe-Buch.

Es soll keine „Kritik" sein über dieses lebendige Buch, meine Betrachtungen sollen nur verdeutlichen, wie des Buches gesammelte Wärme und Kraft in unserer Zeit der Zerrissenheit und Unsicherheit sich auswirken.

Dieses Buch ist das erste einer dreibändigen Romanreihe über das Leben unseres Großen von Weimar und erscheint in aller Kürze im Verlage von Max Koch in Leipzig-Stötteritz. Wer „Freudvoll und leidvoll" gelesen, der spürt durchaus Verlangen nach den beiden folgenden Bänden „Meine Christine" und „Der schöne alte Herr", denn in diesem ersten Buche sind Fäden geknüpft, die man sich gelöst wünscht, Sehnsüchte strömen auf, die in ihrer Erfüllung befreiendes Erleben sein müssen. Vorläufig schenke man sich und anderen das erste Goethebuch von Paul Burg zur Weihnacht. „Freudvoll und leidvoll" bewegt ist das Leben des jungen Goethe, das sich, von der Bekanntschaft mit Karl August bis ins Mannesalter, in diesem Buche offenbart. Das Werden dieses genialen Geistes ist in großen und sicheren Linien gezeichnet und gipfelt in seiner erschütternden Selbstforderung „Du kamst als ein gewöhnlicher Mensch auf die Erde und willst erst ein Besonderer werden, werde selber!" Die Kräfte des aufstrebenden Genies wenden sich gegen die Enge des Weimarer Hofes, die einmal trefflich verraten wird: „Man schnäbelte und drösselte so bei den geliebten Kaffeetassen hin." — Und doch erheben sie sich durch die Kämpfe mit ihr und steigern sich ins Erhabene durch das Verantwortungsgefühl für den knabenhaften Freund-Herzog. Dieser ungebärdige Jüngling fühlt in dem Freunde widerstrebend und doch dankbar die Sicherheit des reiferen Verstandes und der feineren Empfindung, schenkt, oft im Kampf mit Neidern, Aemter und Titel an ihn, und die Freundschaft dieser Beiden armer durch das ganze Buch ihr warmes Leben. Doch das glutvolle Lieben und Verlangen dieses großen Herzens erschöpft sich nicht an ihr und der amtlichen Arbeit. Goethe ringt als Dichter mit sich und seinen „faustischen Gedanken", dichtet den Egmont, den Tasso und die Iphigenie, „schleppt den Faust wie sein eigenes Ich ewig unvollendet mit sich herum" und sucht nach der Erlöserin im Weibe. Lotte Stein, seine mütterliche Freundin, ihn in ihrer platonischen Liebe zum Heiligen machend, die schöne unnahbare Corona Schröter, Antonia di Branconi, „das klügste, schönste und weiblichste Weib" — sie sind wie Sonnen, aufsteigend und strahlend und doch nicht erlösend. So läßt sich die langgenährte heimliche Sehnsucht „nach Italien" nicht mehr zurückdrängen: Goethe zerreißt „Den Kranz der Rosen und Dornen, den ihm Weimar um die Stirne wand" — er flieht. Das alles flutet an uns vorbei als lebendiges Leben. Hier atmet der Mensch Goethe.

Dazwischen und doch immer im Zusammenhange mit Goethes Geschick erstehen reizvolle Bilder aus der damaligen Zeit: die Wielandsche Familienbehaglichkeit, Herders Einzug in Weimar bei dunkler Nacht, Carl Augusts und Goethes Besuch in seinem Vaterhaus in Frankfurt am Großen Hirschgraben, wo Frau Aja selig ist über ihren Sohn, der da als „jüngster deutscher Staatsbeamter vom höchsten Rang" mit seinem Herzog bei ihr einkehrt und den sie doch auch als Bettler ebenso empfangen hätte, „denn einer Mutter ist immer ihr Sohn ein Stück Jesus, ist ihr Glaube und Religion." Wie reif und innig ist der Glanz, der auf den beiden schönen Bildern des Wiedersehens mit Friederike Brion und Lili Schönemann liegt. Riekchen „hatte seine braunen, großen, feurigen Augen ewig im Herzen" behalten und er hat „Riekchen in all seinen gedichteten Frauen." Lili findet er als junge Mutter, und „es durchzuckt ihn nur der eine brausende Gedanke: Madonna, gebenedeite Madonna!"

Wer in Weimar unter den Bäumen in Goethes Garten in der Nähe des schmucklosen Gartenhauses steht — den durchbebt ein Schauer wie ein Hauch von seinem Geiste. Ein ähnliches Fühlen überkommt einem beim Lesen dieses Buches, denn es ist, entgegen vielen Goethebüchern, durchaus erlebt und echt empfunden. Paul Burg hat uns in ihm ein Werk von Reife und ausströmender Kraft geschenkt — möge es an den kommenden Winterabenden in den Häusern seiner Heimat gelesen werden und in den Herzen seiner Landsleute eine Stätte finden!

Grete Friedrich (Kettstedt).

Die Theologische Fakultät der Universität Halle-Wittenberg hat beschlossen, daß die Vorlesungen des Wintersemesters in Rücksicht auf die herrschenden Wohnungs- und Teuerungsschwierigkeiten erst am Dienstag, den 31. Oktober beginnen sollen.

Werthers Pistolen.

Am 30. Oktober jährt sich der Tag zum hundertfünfzigsten Male, an dem sich in Wetzlar Karl Wilhelm Jerusalem, das Urbild von Goethes Werther, infolge dauernder Kränkungen durch seinen Vorgesetzten und eines Stadtklatsches über seine Beziehungen zu einer verheirateten Frau, erschoß. Dieser Freitod wurde Goethe Anstoß zum zweiten Teil des Werther. Darin ist auch die Szene enthalten, in der Werther — Jerusalem von seinem Freunde Pistolen fordert: „Dürfte ich Ew. Wohlgeb. wohl zu einer vorhabenden Reise um ihre Pistolen gehorsamst ersuchen?" Er erhielt die Pistolen, sandte sie zum Büchsenmacher und ließ sie dort laden. In der Nacht erschoß er sich damit. Die beiden Pistolen sind heute noch erhalten. Wie R. Kautz-Nedeck in seinem Buche „Goethe und Jerusalem" schreibt, befinden sich die Waffen gegenwärtig im Besitze der Witwe des Historienmalers G. Lawes, Hannover. G. Lawes war der Urenkel von Johann Christ. Kestner und Lotte Kestner (geb. Buff). Bis zum Jahre 1867 waren die Pistolen im Besitze des ältesten Sohnes des Kestnerschen Ehepaares, des Archivrates K.; nach dessen Tode erhielt sie sein ältester Sohn in Dresden. Im Jahre 1892 gelangten sie in den Besitz des oben genannten G. Lawes. Mit den Pistolen zugleich kam auch ein Oelporträt des Abts Jerusalem, ohne Angabe des Malers, in die Erben.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr findet die Erstaufführung von Grillparzers „Esther" und Otto Ludwigs „Die Torgauer Heide" statt. Sonnabend 7 Uhr „Peer Gynt" von Ibsen mit der Musik von Ed. Grieg. Sonntag 7½ Uhr „Polenblut". Operette von O. Nedbal. Montag 7½ Uhr „Die versunkene Glocke", Märchendrama von Gerhart Hauptmann.

Im Thalia-Theater wird am Sonntag 7½ Uhr die Komödie „Bunbury" (Ernst sein ist alles) wiederholt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

Die Sonntagsvormittagsmusiken Moser-Wolfes finden auf vielfache Wünsche hin auch in diesem Winter, und zwar diesmal in Verbindung mit der neuen „Vereinigung Halischer Musikfreunde" in der Universitätsaula statt. Dauerkarten für alle vier Veranstaltungen (Schubertgesänge, Wolfs Spanisches Liederbuch, Reger, Deutsche Zeitgenossen mit einführendem Vortrag) zu 120 M. bei Hofhan. Einzelkarten zum Tagespreis. Die erste Musik findet am 5. November, 11 Uhr 20, statt und dauert bis 1 Uhr.

Herr Professor Hein hat am 20. d. M. in Berlin im Wirtschaftsbund für Deutschen Grundbesitz einen Vortrag über das kommende Wiederkäufigesetz gehalten. Der Vortrag hat so großen Beifall gefunden, daß der Antrag angenommen wurde, denselben im Druck erscheinen zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221027010/fragment/page=0002